

Vielschichtige Vorlagen im Februar

SVP International, 25. Januar 2022

Teilen:  

Einmal Ja und dreimal Nein!

Wie viel Staat tut den Bürgerinnen und Bürgern gut? Diese Frage stellt sich am 13. Februar 2022: Gerade für Menschen, die im Ausland leben, dürften da die internationalen Erfahrungen bei der Entscheidung helfen. Der Vorstand von SVP International empfiehlt Ihnen, das bewährte Schweizer Rezept "So viel Staat wie nötig und so wenig Staat wie möglich" fortzuführen. Für die Abstimmungen heisst das einmal Ja und dreimal Nein.

Für den Bundesrat und das Parlament ist die Beurteilung bei der **Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot** klar: Niemand will mehr Versuche als nötig, aber ohne Versuche wären wir heute in der Medizin nicht dort, wo wir sind. Sichern wir die Forschung in der Schweiz, anstatt sie mit einem Verbot ins Ausland zu verjagen, wo die Versuche dann trotzdem und wohl schlechter kontrolliert stattfinden. Wir empfehlen Ihnen einstimmig ein Nein zu dieser Initiative.


Vielschichtig ist hingegen das **Tabakwerbverbot**. Einige Länder sind im Umgang mit Tabak restriktiver als die Schweiz. Eine Initiative, welche die Werbung faktisch verbieten will, weil überall Kinder Werbung auch sehen können, stösst daher nicht überall auf Ablehnung. Allerdings ist schon erstaunlich, dass gerade jene Kreise, welche die Tabakwerbung verbieten wollen, sich für die Legalisierung von Drogen einsetzen. Ist das

wirklich nachvollziehbar? Wir denken nicht. Niemand beginnt wegen der Werbung zu rauchen. Meist sind es Kameradschaften, welche dazu führen, dass man zur ersten Zigarette greift. Zudem zielt ein Werbeverbot darauf ab, Menschen zu einem gesunden Leben zu erziehen. Aber wie weit soll es gehen mit dieser Umerziehung, die mit der Tabakächtung beginnen soll? Bis hin zur Havanna-Zigarre oder noch weiter bis zu einem Fett- und Zuckerwerbeverbot? Wehren wir besser den Anfängen der Verbotswelle und sagen wir auch hier Nein.

Die **Stempelabgaben** sind eigentlich ein alter Schweizer Zopf, der aus der Zeit stammt, als noch ein Beamter am Schreibtisch Papiere abstempelte. Die Zeiten sind vorbei und so sollten auch die Stempelabgaben abgeschafft werden. Davon profitieren nicht einfach Konzerne, sondern all jene, die Kapital investieren wollen und damit als Unternehmer Arbeitsplätze schaffen. Sie schaffen damit einen Mehrwert für das Land und sollten nicht doppelt steuerlich bestraft werden dafür. SVP International empfiehlt daher im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Firmen ein Ja.

Sollen die Schweizer Steuerzahler Geld für die **Medienpaket** bereit stellen? Gerade aus SVP-Sicht weckt die Idee Zweifel. Zwar sind viele regionale Medien verschwunden, aber würden sie dank dem Medienpaket erhalten bleiben? Da gibt es mindestens Zweifel. Hingegen dürfte ziemlich sicher sein, dass die Berichterstattung zur SVP nicht objektiver wird, wenn die grossen Medienhäuser noch mehr Geld erhalten, denken wir nur an die EU-Debatte. "Wessen Brot ich ess', dessen Lied ich sing`", dürfte dann die Devise sein, und das Brot würde den Steuerzahlenden aus der Tasche gezogen und via Bundeshaus verteilt. Daher empfehlen wir Ihnen ein Nein!

Danke für Ihre Stimme!

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Februar 2022

Wollen Sie die Änderung vom 18. Juni 2021
des Bundesgesetzes über die
Stempelabgaben (StG) annehmen?

Antwort

JA



JA 13. Februar
Änderung Stempelabgaben-Gesetz
stempelabgabengesetz.ch



Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Mitglied der SVP International sind.

Postadresse:

SVP International, c/o SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Tel. 031 336 16 26, E-Mail: info@svp-international.ch

[Komplett aus der Liste austragen](#)

